



Die Skepsis bleibt ...

Von Jörg Radek, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bezirk Bundespolizei

Aufstellung des Haushalts, Investitionsprogramm, Finanzplan, aber auch die Aufstellung vermeintlich neuer Einheiten und Behörden: es ist nur allzu verständlich, dass es schwierig ist, derzeit die Übersicht zu behalten. Deshalb auch der Reihe nach:

Haushalt

Zehn Milliarden Euro Einnahmeüberschuss wurden im Bundeshaushalt festgestellt. Der Bundesminister für Finanzen legte den Nachtragshaushalt zur Verwendung dieses Geldes Mitte März 2015 dem Kabinett vor. Die Bundespolizei wird dabei nicht bedacht. Dabei hätte die chronische Unterfinanzierung bei den Sachmitteln beseitigt oder gemildert werden können. Auch die Aufstellung des Haushalts 2016 – und vor allem die Finanzplanung – werden uns bei derzeitigem Stand nicht wirklich weiterhelfen. Und dies, obwohl die Sicherheitsbehörden dann doch plötzlich wieder zum „wesentlichen Politikbereich“ gehören sollen. So erhalten die drei Behörden Bundespolizei, Bundeskriminalamt sowie Bundesamt für Verfassungsschutz gemeinsam ca. 328 Millionen Euro, verteilt auf vier Jahre. Allein die Bundespolizei meldete jedoch Bedarfe in Höhe von ca. 473 Millionen Euro an. Dies gilt auch für die 750 neu zu schaffenden Stellen. Das bedeutet in Konsequenz zu dem Zuerkannten eine Streckung auf vier Jahre bzw. ein Teilen durch drei. Oder, es muss zwischen den Behördenleitern Weitergehendes ausgehandelt werden. Für die schnelle Nachricht reicht es aber: Die Bundespolizei bekommt mehr. Doch allein dieses „Mehr“ muss man im Verhältnis zum Gesparten aus der Vergangenheit setzen. Dargestellt wird lediglich ein vermeintlicher Mehrwert. Mangelnde Transparenz sorgt für Skepsis, ob es zu tatsächlichen Verbesserungen insgesamt kommen wird ...?

Einsatzfähigkeit

Wie sieht die Realität aus? – Dienststellen mit einer Personalstärke von unter 60%. Und aus 27 Einsatzhundertschaften sind „zusammengestopelt“ nur zwölf davon einsetzbar. Offensichtlich hat die Bundespolizei eine Personallücke. Diese wird mit diesem Haushalt und den weiteren Planungen nicht geschlossen. Stattdessen wird eine „Fähigkeitslücke“ ausfindig gemacht. Es fehlt die Möglichkeit – unterhalb der Einsatzschwelle von Spezialverbänden – sicher handeln zu können. Für die Bedienung von gepanzerten Fahrzeugen oder besonderen Waffen bedarf es zunächst des Personals. Für Amoklagen an Bahnhöfen oder an Flughäfen bedarf aber auch die Alltagsorganisation eines „robusten Schutzes“. Zum Zeitpunkt des Schreibens dieses Artikels gab es zu den Plänen mehr Fragen als Antworten. Somit ist Skepsis geboten. Schon zu häufig wurden „leere Schuhkartons“ als Mogelpackungen präsentiert. Seit Jahren schon handeln politische Verantwortliche nach der Devise: Was ist medial zu vermitteln? – In einer komplexer gewordenen Welt mag dies Priorität genießen. Doch handelt es sich dabei um das Notwendige? Mangelnde Transparenz, ersetzt durch mediale Präsenz, befördert Gerüchte und Unverständnis.

Reform des Zolls

Mit der Absicht einer Generalzolldirektion wird eine bedenkliche Mammutbehörde zwischen Finanzverwaltung, Vollstreckungsbehörde, Staatsanwaltschaft und Polizei geschaffen. Die zukünftige Generalzolldirektion, bzw. deren Leitung verfügt über ein riesiges Aufgaben- und Befugnisportfolio, das in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland seinesgleichen sucht. So ist die General-



Foto: F. Radek

zolldirektion u. a. für die Erhebung der Kraftfahrzeugsteuer und sämtlicher Zölle und Verbrauchsteuern, die Überwachung der grenzüberschreitenden Waren- und Zahlungsmittelverkehre, die Bekämpfung von illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit sowie die Überwachung der Mindestlöhne, die Bekämpfung von Schmuggel, Geldwäsche, Außenwirtschafts- und Kriegswaffenkriminalität, Markenpiraterie, Subventionsbetrug oder auch Terrorismusfinanzierungskriminalität zuständig. Hierzu verfügt sie über elektronische Zugänge zu einer Vielzahl von Daten (z. B. zu sämtlichen Halterdaten mit Bankverbindungen der Halter, Sozialversicherungsdaten, Polizei- und Zolldaten aus der Gefahrenabwehr und Strafverfolgung, Daten über internationale Waren- und Zahlungsverkehre u. v. m.). Auch die Befugnisse sind enorm. Der Zoll ist Finanz- und Polizeibehörde, erkorene Staatsanwaltschaft und Bußgeldbehörde. – Die Marketingabteilung des Finanzministers wird auch für diesen Fall Sprechzettel und Textbausteine vorbereiten.

Politische Inhalte müssen nicht verkauft, sondern vermittelt werden. – Darin besteht das Gegenrezept zur Verdrossenheit über die politische Klasse.



Attraktivität sieht anders aus

Von Andreas Unglert, JUNGE GRUPPE Flughafen München

Jörg Radek hat recht. In der Vergangenheit wurden schon zu häufig „leere Schuhkartons“ den Kolleginnen und Kollegen in der Bundespolizei präsentiert. Nicht nur das chronische Personal- und Sachmitteldefizit gestaltet den Dienst aktuell schwierig, auch die hohen Lebenshaltungskosten, Mieten und die persönliche Situation sind für junge Kolleginnen und Kollegen in Ballungsräumen eine große Herausforderung.

Viele der jungen Leute pendeln. Sie fahren von München Richtung Berlin, Hamburg, oder fast bis Flensburg zu ihren Familien. Es bleibt nicht nur viel Geld auf der Strecke, sondern auch Kraft und Zeit. Das sind u. a. die Ursachen, warum an Großdienststellen wie den Flughäfen Frankfurt/Main oder München keine Ruhe einkehrt. Immer mehr junge Leute werden dorthin versetzt, obwohl viele von ihnen andere Verwendungswünsche haben. Dauerhaft dort bleiben möchten viele nicht. Bewerbungen und Tauschgesuche werden am laufenden Band geschrieben. Der Personaldurchfluss ist gigantisch.

Wie können wir junge Menschen für einen Dienst an Großdienststellen im Ballungsraum dauerhaft gewinnen, um diesen großen Personaldurchfluss einzubremsen? – Die Lösung dieser Frage ist nicht nur für unsere jungen Kolleginnen und Kollegen von Bedeutung. Es betrifft

sowohl das Stammpersonal, das den ständigen Personaldurchfluss aushalten muss, als auch diejenigen, die aufgrund ständiger Personallöcher an diese Dienststellen zur personellen Unterstützung abgeordnet werden. Da jeder Mensch meist individuelle Bedürfnisse hat, wird es hier keine Pauschallösung geben. Es müssen mehrere Säulen entwickelt werden: Finanzielle Anreize, größere berufliche Entwicklungsmöglichkeiten und bei jahrelangem Einsatz an einer Großdienststelle im Ballungsraum auch entsprechende Pluspunkte bei Bewerbungen in die Heimat. Ich bin mir sicher, dass hier die Gewerkschaft der Polizei noch gute Akzente setzen kann und wird. Junge Kolleginnen und Kollegen sind aufgefordert, sich hierzu aktiv in die gewerkschaftliche Diskussion einzubringen.



Foto: privat



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Bezirk Bundespolizei**

Geschäftsstelle:
Forststraße 3a,
40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-0
Telefax (02 11) 71 04-555

Redaktion:
Dr. Hartmut Kühn (V.i.S.d.P.)
Forststraße 3a,
40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-0
Telefax (02 11) 71 04-5 55
Internet: www.gdp-bundespolizei.de
E-Mail: info@gdp-bundespolizei.de
Martin Schmitt
Mobil (01 72) 8 99 05 23
E-Mail: schmitt-karlstein@freenet.de

Die Redaktion behält sich vor, LeserInnenbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Nachdruck und Verwertung, ganz oder teilweise – auch in elektronischen Medien – nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxes sowie für Vervielfältigungen auf CD-ROM.

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37
vom 1. Januar 2015
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2836

ANGEMAHT

Die Kreisgruppe Pirna der Gewerkschaft der Polizei (GdP) beteiligte sich im Rahmen unserer bundesweiten GdP-Aktionen am 18. März 2015 mit einer Mahnwache vor dem Wahlkreisbüro unseres Bundesinnenministers, Dr. Thomas de Maizière, in Großenhain.

Unter dem Motto „Tatütata – Nix mehr da“ machten wir darauf aufmerksam, dass die Einsatzfähigkeit

der Bundespolizei derzeit gefährdet ist und forderten von der Politik die Bereitstellung der notwendigen finanziellen Mittel, um unsere gesetzlichen Aufgaben auch zukünftig erfüllen zu können. Wir übergaben im Rahmen unserer Aktion den Mitarbeiterinnen des Büros eine Mappe mit unseren GdP-Forderungen (Foto) und der eindringlichen Bitte, diese an den Innenminister weiterzuleiten. **Sven Förster**



Foto: GdP



KOMMENTAR

Skepsis² = Resignation?

Von Michael Ramsay, GdP-Kreisgruppe Hannover

Der Leitartikel unseres GdP-Bezirksvorsitzenden ist – wie immer – auf den Punkt genau formuliert. Insbesondere den Aussagen zum Haushalt und der möglichen Reform der Zollbehörden ist nichts hinzuzufügen. – Den Aspekt der angesprochenen Einsatzfähigkeit kommentiere ich an dieser Stelle aus Sicht einer Kreisgruppe mit einem Durchschnittsalter von fast 50 Jahren sehr gerne.

Die sogenannte „Einsatzfähigkeit“ sollte aus meiner Sicht nicht nur über eine Kopffzahl im Organisations- und Dienstpostenplan, sondern tatsächlich an der Aufgabenrealität gemessen werden. Nach den Reformen und dem

aktuellen Aufgabenzuschnitt der Bundespolizei versieht der Großteil unserer Kolleginnen und Kollegen mittlerweile seit über 20 Jahren ihren Dienst in der Alltagsorganisation in Wechselschicht. Es wird leider häufig nicht beachtet, dass es sich hierbei tatsächlich und realistisch noch um die erste „Mitarbeitergeneration“ seit den Reformen handelt, welche nicht in vorhandenen Tagesdienstfunktionen „in Ehren“ ihr sogenanntes Restleistungsvermögen abrufen dürfen.

Ungesunde (Wechsel-)Dienstpläne, „getaktete“ Dienstleistungen auf Flughäfen und Bahnhöfen, hohe Kranken- bzw. Pensionszahlen belasten die Belegschaft. Aufgrund der angesprochenen Lücken in der

Bereitschaftskomponente unserer Behörde müssen meine Kolleginnen und Kollegen zusätzlich noch in die Sonderwochenenden. – Die nötige Regeneration weicht einer Resignation! Großen Versprechungen aus Politik und Behörde glauben die Kolleginnen und Kollegen ohnehin schon lange nicht mehr. – Denn: Nicht gehaltene Versprechungen förderten die angesprochene Resignation.

Wir benötigen dringend junges zusätzliches Personal im gesamten Bundesgebiet. Die Last der Aufgabenerfüllung im Vollzug, bei den Tarifbeschäftigten und in der Verwaltung muss auch zukünftig „realistisch“ erfüllbar sein.



Foto: privat

ZOLL ZUKUNFTSFÄHIG AUFSTELLEN

Nicht von schönen Statistiken blenden lassen ... – „Auf den Zoll kommen gewaltige Herausforderungen, vor allem im Bereich der Organisierten Kriminalität, zu“, warnt Frank Buckenhofer, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bezirksgruppe Zoll und selbst Zollfahnder, anlässlich der Zolljahrespressekonferenz Mitte März 2015 in Berlin. Der GdP-Bezirksgruppenchef mahnt längst überfällige Reformen an. Razzien gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung, spektakuläre Funde von Crystal Meth oder gezielte Schläge gegen die Organisierte Kriminalität sowie der lukrative Schmuggel und die Herstellung von illegalen Zigaretten, – der Zoll schrieb auch im vergangenen Jahr wieder finanzpolizeiliche Erfolgsgeschichte. „Dass es solche positiven Meldungen bei den verkrusteten Strukturen des Zolls überhaupt geben kann, grenzt an ein Wunder. Das hat ausschließlich mit der Erfahrung und dem Gespür unserer Kolleginnen und Kollegen zu tun. Wir sollten uns nicht von schönen Statistiken blenden lassen. Auf den Zoll kommen künftig viel größere Herausforderungen zu, für die der Zoll nach jetzigem Stand nicht gerüstet ist. Die Organisierte Kriminalität entwickelt immer raffiniertere und

skrupellosere Methoden“, sagt Frank Buckenhofer anlässlich der Zolljahrespressekonferenz von Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble in Berlin. Die für Anfang 2016 vom obersten Zoll-Chef beabsichtigte Strukturreform, geplant ist die Einführung einer Generalzolldirektion als oberste Behörde, sieht Buckenhofer äußerst kritisch. „Der Chef der neuen Behörde hätte dann alle Kompetenzen und Verantwortungen im Steuerbereich und in der Polizeiarbeit des Zolls unter sich. Das passt überhaupt nicht zusammen und ist auch völlig unnötig. Wir als GdP favorisieren eine saubere Trennung in eine Finanzverwaltung unter dem Dach einer Zoll- oder Finanzdirektion und einer Finanzpolizei, gebündelt unter dem Dach des Zollkriminalamtes.“ Es sei generell nicht gut, wenn sich zu viele Aufgaben und Befugnisse zu sehr bei einer Person konzentrierten, so Buckenhofer. „Vor allem, wenn die Aufgabengebiete eine so enorme Spannweite wie beim Zoll haben. Schließlich kümmert sich der Zoll sowohl um die Erhebung von Steuern als auch um die Bekämpfung von Schmuggel, Geldwäsche und Wirtschaftsdelikte, die oft auch Organisierte Kriminalität sind.“ Dafür benötigt der Zoll Augenhöhe zur Polizei.

Die vom Bundesfinanzminister geplante Reform ändert nach Buckenhofers Ansicht überhaupt nichts an den derzeit bestehenden Struktur- und Personalproblemen des Zolls. „Wir sind nicht effektiv genug aufgestellt. Der Zoll verfügt über keine geeigneten Melde- und Befehlswege zur zeitnahen Beurteilung der Lage und zur passenden Führung der polizeilichen Kontroll-, Fahndungs- und Ermittlungsdienste. Diese Einheiten sind heute auf unterschiedliche Behördenzweige verteilt, und deshalb gibt es keine ganzheitliche, gebündelte finanzpolizeiliche Expertise.“

Vom Bundesfinanzminister als oberstem Zoll-Chef zeigt sich Buckenhofer insgesamt enttäuscht. „Unsere polizeilichen Aufgaben stehen für die Politik überhaupt nicht im Fokus und sie erfahren im Alltag keine Würdigung. Dabei ist der Zoll ganz eindeutig die erfolgreichste Ermittlungsbehörde im Bereich der Organisierten Kriminalität noch vor der Polizei. Manchmal denke ich, dass für die Politiker Eurozone und ausgeglichene Haushalte mehr zählen als die Bekämpfung von Drogen- und Waffenhändlern oder die Terrorfinanzierung“, so der Vorsitzende der GdP-Bezirksgruppe Zoll.



Vernetzung innerhalb der Gewerkschaft der Polizei (GdP): Gelebtes Motto in Walsrode (WAL).

Walsrode im Februar 2015. „Alle Jahre wieder.“ – Unter diesem Motto stand die bevorstehende Anschlussverwendung des Laufbahnlehrgangs WAL 12 in die Direktionen München, Frankfurt und Stuttgart zum 1. März 2015. Auch in diesem Jahr wurde den Absolventen erneut kurz vor Beendigung des Lehrgangs ihre zukünftige Direktion mitgeteilt. Wie in den Jahren zuvor, waren Absolventen des Laufbahnlehr-

gangs gezwungen, sich innerhalb kürzester Zeit auf den neuen Dienstort und die neue Dienststelle einzustellen. Ungeachtet dessen stand noch die anstehende mündliche Prüfung Ende Februar parallel hierzu im Fokus. Viele Fragen und Sorgen bewegten die Angehörigen vom WAL 12 bezüglich ihrer Erstverwendung. U. a. ging es zunächst um die Beantwortung zu folgenden Fragestellungen: „Wird für die erste Zeit eine Unterkunft bereitgestellt? In welcher Inspektion werde ich verwendet? Gibt es Parkmöglichkeiten bei der Dienststelle?“ Die Kreisgruppe Walsrode unterstützte dabei unsere jungen

Kolleginnen und Kollegen. Doch der Service vor Ort kann Informationen aus „erster Hand“ nicht ersetzen. Bereits zum wiederholten Male stellte sich die GdP-Direktionsgruppe Flughafen Frankfurt/Main Anfang Februar 2015 den Fragen der für Frankfurt/Main vorgesehenen Beschäftigten. In diesem Jahr übernahm der JUNGE-GRUPPE-Vorsitzende Alexander Golitschek Edler von Elbwart (im Bild 3. v. l. in Uniform) seitens der Flughafen-Direktionsgruppe diesen Part. Aus eigener Erfahrung kennt er die Sorgen und Nöte, die mit der bundesweiten Verwendung zusammenhängen. Er selbst hatte im Jahr 2008 seinen Laufbahnlehrgang in Walsrode beendet und auch ihm wurde kurz vor Beendigung seines Lehrgangs erst seine neue Verwendung auf dem Frankfurter Flughafen mitgeteilt. Im Namen des Vorstands der Kreisgruppe Walsrode bedanken wir uns für das uneigennützigste Engagement von Alex und die Unterstützung der GdP-Direktionsgruppe Flughafen Frankfurt/Main. Zwischen dem Bundespolizeipräsidium und dem Bezirkspersonalrat wurde ein terminierter Handlungskalender für die Verteilung nach Abschluss des Lehrgangs/Studiums beschlossen. Diesen gilt es endlich anzuwenden, damit die Kolleginnen und Kollegen des WAL 14 bereits im Oktober des Vorjahres ihre zukünftige Erstverwendung erfahren und nicht wieder „Alle Jahre wieder“ singen müssen ...



Verantwortung übernehmen und Mitglieder nicht alleine lassen, dafür steht die GdP: Für die gute Vernetzung untereinander sowie die fachlich kompetente Ansprache waren unsere jungen Kolleginnen und Kollegen in Walsrode dankbar.

Foto: GdP

Vorstand der GdP-Kreisgruppe Walsrode

BUCHTIPP

Recht auf Streife bei der Bundespolizei – Die wichtigsten Eingriffsnormen nach BPolG, AufenthG und StPO, von Sylwester Gawron, Jürgen Kreckel und Frank Niechziol; erschienen im Richard Boorberg Verlag GmbH & Co KG, Schaarstraße 2, 70563 Stuttgart, 3. aktualisierte Auflage 2014, 216 Seiten, DIN A6, 16,80 €, ISBN 978-3-415-05295-6



se, die das Grundrecht der Freiheit der Person einschränken.

Die Verfasser behandeln Prävention und Repression sowie die Zuständigkeit der Bundespolizei und die

allgemeine Befugnis der polizeilichen Generalklausel. Darüber hinaus stellen die Autoren die Verhältnismäßigkeit dar und geben eine Übersicht über die allgemeinen Rechtmäßigkeitsanforderungen. Ermessen und Ermessensfehler werden ebenso behandelt wie die Durchsuchung beim Verdächtigen und Unverdächtigen

sowie die vorläufige Festnahme. Eigene Kapitel befassen sich mit der Durchsetzung polizeilicher Maßnahmen mit unmittelbarem Zwang, der präventiven Zwangsanwendung, der körperlichen Gewalt sowie dem Schusswaffengebrauch.

Die Neuauflage enthält u. a. Regelungen zur Einreise und Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen und das Thema Bestands- und Zugangsdatenauskunft von Telekommunikationsdiensteanbietern. Checklisten zur Zulässigkeit des Verwaltungszwangs mit Formulierungshilfen und Hinweise zu Rechtsbehelfsbelehrungen sowie ein Stichwortverzeichnis runden das Buch ab.



UMFASSENDES BETEILIGUNGSANGEBOT

Arbeitszeitfragen? – GdP fragen ...

Wie viele Stunden muss ich pro Woche arbeiten? Kann ich meinen geplanten Urlaub nehmen? Bekomme ich frei, wenn mein Kind krank wird oder ich meine Mutter pflegen muss? Kommt mir der Dienstherr entgegen, wenn ich den Schichtplan so gestalten will, dass ich eine Fahrgemeinschaft bilden kann?

Diese und viele andere Fragen zur Arbeitszeitplanung bestimmen unser Leben nachhaltig. Die Frage, wie unsere Arbeitszeit geregelt ist, ist mitentscheidend dafür, ob wir genug Zeit haben, um diese auch mit Freunden und der Familie zu verbringen; – ob wir Zeit haben, uns zu erholen. Und Arbeitszeitfragen tragen dazu bei, ob wir uns in unserer Arbeit zufrieden fühlen und letztendlich auch, ob wir gesund bleiben. Daher ist uns das Thema so wichtig.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) wird sich dem Thema Arbeitszeit intensiv widmen. Deshalb starten wir am 1. Mai 2015 unter dem Motto: „Arbeitszeitfragen? – GdP fragen!“ eine Kampagne, um eure Probleme und Meinungen bei der Arbeitszeitgestaltung in den Fokus unserer Betrachtungen zu nehmen. Wir wollen uns ansehen, wie die Arbeit in den Polizeien des Bundes organisiert ist und was auch – als Betroffene – „unter den Nägeln brennt“. Wir wollen uns anschauen, worin der größte Handlungsbedarf besteht. – Und in den Feldern, zu denen Handlungs-

bedarf angezeigt erscheint, werden wir handeln und an Lösungen arbeiten.

Umfrage zur Arbeitszeit: Mach mit ...

Damit die Kampagne ein Erfolg wird, ist auch dein Einsatz gefragt. Als ersten Schritt werden wir während des Zeitraums vom 1.

Mai bis zum 31. Juli 2015 auf unserer Internetseite eine Befragung unter allen GdP-Mitgliedern zum Thema Arbeitszeit durchführen. Die Beantwortung der Fragen dauert nur etwa vier Minuten.

Und so geht es: Gehe auf unsere Webseite „gdpbundespolizei.de“ und logge dich als GdP-Mitglied mit deiner Mitgliedsnummer ein. Klicke dann auf das Symbol unserer Arbeitszeitkampagne und du wirst automatisch zur Befragung weitergeleitet.

Wir werden umgehend nach dem 31. Juli 2015 mit der Auswertung der Ergebnisse beginnen und u. a. auch



hier in unserem Bezirksjournal Bundespolizei zu den Ergebnissen berichten. Aufgrund dessen werden wir dann ein „Arbeitsprogramm Arbeitszeit“ entwickeln und selbstredend zuerst dort ansetzen, wo euch „der Schuh am meisten drückt“. Wir werden beurteilen, was man vielleicht schon im Rahmen der bestehenden rechtlichen Möglichkeiten durch Abschluss von Dienstvereinbarungen direkt umsetzen kann. Wir werden aber auch im politischen Raum über rechtliche Anpassungen verhandeln, wenn sich aufgrund der Befragung herausstellt, dass dieses unabdingbar erforderlich erscheint. **HK**

GLÜCKWUNSCH

Der Lehrgangsbeste des OEB 12: Einer von uns ...

Pascal Nordgauer (links) erreichte als Lehrgangsbeste 13,54 Rangpunkte. Er war nicht nur im Rahmen der Ausbildung ein Leistungsträger. Er engagierte sich bereits schon während der Ausbildung für unsere Gewerkschaft der Polizei (GdP). Aktiv unterstützte er uns nämlich im Rahmen der Werbung bei den Neueinstellungen und Aktionen sowie Veranstaltungen innerhalb des Bundespolizeiaus- und -fortbildungszentrum (BPOLAFZ) Oerlenbach (OEB). Grund genug für die stellvertretende Vorsitzende der Oerlenbacher GdP-Kreisgruppe, Martina Braum, ihm zu gratulieren und für seinen weiteren Lebensweg alles Gute zu wünschen. Damit verband sie auch den Wunsch, dass uns Pascal Nordgauer als aktives Gewerkschaftsmitglied auch an seiner neuen dienstlichen Heimat in Stuttgart der GdP weiterhin erhalten bleibt.



MB

Foto: GdP



RECHTSPRECHUNG

Kein missbräuchlicher Gebrauch der Gestaltungsmöglichkeiten nach § 14 des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVöD) ...

Das Arbeitsgericht Potsdam urteilte in dem durch uns unterstützten Verfahren, dass es dem Bund – als Arbeitgeber von rund 6000 Tarifangestellten – verboten ist, rechtsmissbräuchlich seine ihm durch § 14 TVöD gegebene Gestaltungsmöglichkeit auszunutzen. Nach § 14 TVöD ist es

möglich, dem Beschäftigten vorübergehend eine Tätigkeit zu übertragen, die den Tätigkeitsmerkmalen einer höheren als der gezahlten Eingruppierung angehört. Dafür erhält der Beschäftigte dann, wenn er diese mindestens einen Monat ausübt, für diese Dauer eine persönliche Zulage. Diese Zulage bemisst sich bei den Entgeltgruppen 9 bis 15 aus dem Unterschiedsbetrag zu dem Tabellenentgelt, das sich bei der dauerhaften Übertragung ergeben hätte. Bei den Entgeltgruppen 1 bis 8 beträgt die Zulage 4,5 von Hundert des individuellen Tabellenentgelts.

Die vorübergehende Übertragung dient dem flexiblen Personaleinsatz und steht in Konkurrenz zu der stabilen Höhergruppierung. Das Bundesarbeitsgericht hat schon 2002 entschieden, dass die vorübergehende Übertragung einer „doppelten Billigkeitsüberprüfung“ unterliegt. Erstens ist zu prüfen, ob die eigentliche Übertragung der höherwertigen Tätigkeit billigem Ermessen entspricht und zwei-

tens, ob es auch billigem Ermessen entspricht, die Tätigkeit nur vorübergehend und nicht auf Dauer zu übertragen. Besteht die Unbilligkeit darin, dass es sich um eine immer wieder erneute Befristung der vorübergehenden Übertragung handelt, ist eine umfassende Abwägung der Interessen des Arbeitgebers an der Flexibilität und dem Interesse des Arbeitnehmers an einer dauerhaften Eingruppierung vorzunehmen. Bei einer immer wiederkehrenden Verlängerung der „vorübergehenden“ Übertragung – wie hier beispielsweise seit 2008 bzw. 2011 –, kann sich der Arbeitgeber nicht mehr mit Erfolg auf den sachlichen Grund der Eruierung der Aufbau und Ablauforganisation berufen.

Im vorliegenden Fall hatte der Kläger erstmals im Jahr 2011 eine tarifgerechte und dauerhafte Eingruppierung nach der höherwertigen Tätigkeit verlangt. Das Gericht entschied aufgrund der rechtsmissbräuchlichen Ausnutzung der Gestaltungsmöglichkeit, dass unser Mitglied mit Wirkung zum Mai 2011 nach der höheren Entgeltgruppe zu bezahlen ist. Eine Nachzahlung findet in Kürze statt. Ein toller Erfolg für eine gerechtere Bezahlung unserer Kolleginnen und Kollegen im Tarifbereich.

SK



Kompetente Unterstützung – auch bei Rechtsstreitigkeiten – durch die GdP, damit Schmerzgrenzen nicht unterschritten werden.

ABLEHNENDE BEWERTUNG

Mit der Pkw-Maut kommen die Probleme

Die Maut für Pkw kommt. Das ist nun politisch entschieden.

Der Bundestag hat dem Gesetzentwurf der Bundesregierung aus dem Hause von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) zugestimmt und damit das wohl umstrittenste Koalitionsversprechen der CSU eingelöst. Die volksnahen Stammtischparolen der stetig autoaffinen Deutschen wurden damit in Gesetz gegossen. Unzählige Kritiker – auch in den Reihen der Koalition, die ungenannt bleiben wollen – behaupten auch nach dessen Verabschiedung, das Gesetz sei mit heißer Nadel gestrickt, würde zu kaum nennenswerten Einnahmen führen und zuletzt auch in Europa scheitern. Die Pkw-Maut ist der po-

litische Versuch, den deutschen Autofahrer zu schonen. Statt, wie in anderen Ländern üblich, die Maut auf alle zu verteilen, will man hier nur die Ausländer zur Kasse bitten. Diesen Sonderweg gibt es nur in Deutschland. Wer mit dem Auto durch Europa fährt, weiß, er zahlt entweder keine Maut oder eine Maut, die alle zahlen.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) kritisiert das Konzept zur Pkw-Maut aber aus ganz anderen Gründen. Hier besteht dringend erforderlicher Verbesserungsbedarf für die Beschäftigten, die die Maut einnehmen, verwalten und kontrollieren sollen. Die Aufgabe der Pkw-Maut-Kontrolle und deren Einnahme sollen laut Gesetz die drei Bundesbehörden Zoll, Kraftfahrtbundesamt (KBA) und Bundesamt für Güterverkehr (BAG) gemein-

sam schultern. Das ist verwaltungsökonomisch ineffektiv und für die Bürger kaum verständlich. Das Kraftfahrtbundesamt nimmt die Maut ein, der Zoll zahlt den Mautanteil über die Kraftfahrzeugsteuer an die deutschen Halter wieder aus und das Bundesamt für Güterverkehr soll die Maut auf den Straßen kontrollieren. Zudem haben alle drei zuständigen Bundesbehörden schon heute eklatante Personaldefizite zusammen im größeren vierstelligen Bereich. Neues Personal ist bis heute nicht in Sicht. Der Zoll hat zum Beispiel schon heute enorme Schwierigkeiten, seine erst kürzlich neu zugewiesenen Aufgaben, wie die Kontrolle des Mindestlohnes und auch die Verwaltung der Kraftfahrzeugsteuer mit dem nötigen Personal zu unterfüttern. Von den klassischen Aufgaben wie der Be-



ABLEHNENDE BEWERTUNG

kämpfung von Drogen- und Zigarettschmuggel ganz zu schweigen. Der Zoll „pfeift an allen Enden und Ecken auf dem letzten Loch“. Im Bundesamt für Güterverkehr sieht es nicht anders aus.

Die Gewerkschaft der Polizei bemängelt aber insbesondere die fehlenden Konzepte zur wirksamen Durchführung der notwendigen Zwangsmaßnahmen und der Eigen-

sicherung der Kontrolleure. Schon bei der Einführung der Lkw-Maut hat man in der Politik nicht verstanden, dass es sich hier um eine verkehrspolizeiliche Aufgabe handelt, die es ernst zu nehmen gilt. Wenn die Kontrolleure des Bundesamtes für Güterverkehr säumigen Mautsündern die Weiterfahrt zwingend untersagen müssen, müssen sie folglich auch in der Lage sein, dies mit unmittelbarem Zwang

durchzusetzen. Ansonsten mutieren solche Verwaltungsakte bestenfalls zu höflichen Bitten an die Mautsünder. Diese quittieren das dann mit einem süffisanten Lächeln und brausen zügig davon. Die Kontrolleure haben nämlich bis heute keine Ausbildung und Sachausstattung für diese Aufgaben sowie erforderliche Zwangs- und Sicherungsmaßnahmen erhalten.

ERFREULICHE ENTSCHEIDUNG

Willkommen in der Familie der GdP:

In die Kreisgruppe der Gewerkschaft der Polizei (GdP) beim Bundespolizeiaus- und -fortbildungszentrum Neustrelitz traten gleich drei Kolleginnen und Kollegen unserer GdP bei. Alle Drei sind beeindruckt von der Arbeit, die seitens der Gewerkschaft der Polizei für die Kolleginnen



Ein herzliches Willkommen in der GdP seitens der GdP-Vorstandsmitglieder (v. l. n. r.): Karin Raßmann, Peter Ludwig, Katja Strautz ...

und Kollegen vor Ort geleistet wird; ganz gleich, ob es den Tarif- oder Beamtenbereich betrifft. Grund genug, der stärksten Interessenvertretung und Gewerkschaft für Polizeibeschäftigte beizutreten und sich zu entschließen, aktiv mitzuhelfen, bestehende Probleme durch eigenes Handeln klärend mit anzupacken und damit Ideen für Lösungen zu suchen und zu finden.

Katja Strautz ist ein Neuling in der Bundespolizei und sie arbeitet im Bereich des Organisationsbüros sowie im Lehrbereich bei der Fachgruppe Polizeitechnik/Materialmanagement (PT/MM). Schon nach kurzer Zeit erwarb sie sich hohe Anerkennung. Bei Karin Raßmann und Dietmar Stromer han-

delt es sich um sogenannte „alte Hasen“ (nicht auf das Lebensalter bezogen), in der Organisation der Bundespolizei. Karin Raßmann war zuvor als bundespolizeiliche Unterstützungskraft (BUK) im Bundeskanzleramt tätig und Dietmar Stromer trägt im Zentralbereich, PT/MM, als Verwaltungsbeamter Verantwortung.

Der Vorsitzende der GdP-Tarifkommission des Bezirks Bundespolizei, Peter Ludwig, konnte in Begleitung des stellvertretenden KG-Vorsitzenden Nils Neuwald und des GdP-Vorstandsmitglieds Dirk Rosin die Kolleginnen Strautz und Raßmann sowie den Kollegen Stromer in der GdP-Familie begrüßen. Den Neuen in der GdP dankte man für das durch die Mitgliedschaft



... sowie (v. l. n. r.): Nils Neuwald, Dietmar Stromer, Dirk Rosin. Fotos: GdP

entgegengebrachte Vertrauen und ist sich sicher, dass die gegenseitige vertrauensvolle Zusammenarbeit gewinnbringend sein wird. **PL**

ATTRAKTIVITÄT FÜR ALLE

Die Menschen in der Bundespolizei leisten gute Arbeit. Wir Gewerkschafter kämpfen dafür, dass diese Arbeit ihre verdiente Wertschätzung erfährt; – unabhängig von Laufbahngruppen, unabhängig, ob es sich dabei um Tarifbeschäftigte, Vollzugs- oder Verwaltungsbeamte handelt.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) setzt sich dafür ein, die Gerechtigkeitslücken in der Bundespolizei zu schließen. Und unser Einsatz bei den Haushaltspolitikern in den letzten Monaten zahlte sich aus. Im Haushaltsjahr 2015 gibt es zusätzlich ca. 2700 Beförderungen. Hinzu kommen die 100 Wertigkeiten der Hebungen von den Entgeltgruppen E 3 nach E 5. Und nur durch den gewerkschaftlichen Ein-

satz konnte dies realisiert werden. Seitens der Behörde und des Bundesministerium des Innern waren nämlich keinerlei Verbesserungen vorgesehen. Diese Feststellung ist wichtig, weil nunmehr der Bundesinnenminister beim Bundesfinanzminister antrat, um für den Haushalt 2016 rund 2200 Beförderungen zu ermöglichen. Doch die geplanten wenigen 33 Wertigkeiten von E 3 nach E 5 reichen nicht. – Hier sind Verbesserungen unbedingt erforderlich.

Es ist nun offensichtlich: Das Bundesministerium des Innern hat die Personalstrukturprobleme erkannt und will sie lösen. Wir werden dieses Vorhaben weiterhin aufmerksam begleiten. Denn für uns gilt: Attraktivität für alle. Und wir versprechen: Wir bleiben dran!



BUNDESFINANZPOLIZEI ETABLIEREN

GdP fordert: Bundesfinanzpolizei statt Prüfdienste. – Wolfgang Schäuble (CDU) will den Zoll im Kampf gegen die Organisierte Kriminalität stärken.

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) erntet Zustimmung von der Gewerkschaft der Polizei (GdP), so Frank Buckenhofer, Chef der GdP-Bezirksgruppe Zoll, wenn er gegen die Organisierte Kriminalität (OK) bei der Schwarzarbeit vorgehen will. Schwarzarbeit, illegale Beschäftigung, Menschenhandel zum Zwecke der Arbeitsausbeutung und zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung sind mitnichten Kavaliersdelikte auf dem Arbeitsmarkt. Sie sind Lohnklaverei und Betrug am Staat und der Solidargemeinschaft und dienen der OK lukrativ bei der illegalen Gewinnerzielung in Millionenhöhe. Der gro-

ße Griff in die öffentlichen Kassen und die der Sozialversicherer ist schnell gemacht, erklärt Gewerkschafter Buckenhofer. Laut GdP muss der Zoll diese Kriminalität deutlich intensiver bekämpfen. Dazu reichen die bisherigen Behördenstrukturen sowie deren Ausrüstung und strategische Ausrichtung im Bereich der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) aber nicht mehr aus. Buckenhofer fordert deshalb: „Wir brauchen dringend eine schlagkräftige Finanzpolizei statt eines finanzbehördlichen Prüfdienstes mit sperrigem Namen.“ Wenn die FKS den Kampf gegen die OK aufnehmen soll, ist sie auf ihre erfahrene „Schwester“ Zollfahndung angewiesen. Diese ist laut Lagebild des Bundeskriminalamtes „Tabellenführer“ im Kampf gegen die OK. Die Zollfahndung ist langjährig erprobt in der Durchführung von speziellen Ermittlungen, wie Telekommunikations-

überwachungen, langfristigen Observationen, dem Einsatz von komplexer Technik oder von verdeckten Ermittlern und V-Personen und verfügt auch über entsprechende Spezialeinheiten. Sie verfolgt intensiv Schmuggler, Geldwäscher, Betrüger und Wirtschaftskriminelle.

Doch die Aufstellung des Zolls ist nicht mehr zeitgemäß. Polizeiliche Melde- und Befehlswege gibt es erst gar nicht. Der erste gemeinsame Chef der Kriminalbeamten und Streifenwagen- oder Grenzbeamten am Einsatzort ist der Abteilungsleiter im Ministerium. Das ist kein schlanker Verwaltungsaufbau. Reibungsverluste sind da vorprogrammiert. Deshalb fordert Buckenhofer die ca. 17 000 Kräfte der FKS, der Zollfahndung und der Beamten in den Streifenwagen und an den Grenzen zügig in einer Behörde vor Ort und auch bundesweit unter dem Dach des Zollkriminalamtes als effiziente Bundesfinanzpolizei zusammenzulegen.

GEEHRT

Ende Februar 2015 ehrte die Kreisgruppe (KG) Neustrelitz der Gewerkschaft der Polizei (GdP) unsere Kollegen Dieter Zarges, Knut Haas, Dirk Dasse, Uwe Renniecke, Martin Klein sowie Jörg Peter für 25 Jahre treue Mitgliedschaft in der Gewerkschaft der Polizei in einem kleinen feierlichen Rahmen.

Der KG-Vorsitzende Karsten Thomas würdigte in seiner Laudatio insbesondere auch die stets gute und

kollegiale Zusammenarbeit in der Kreisgruppe und im örtlichen Personalrat beim Bundespolizeiaus- und -fortbildungszentrum (BPOLAFZ) Neustrelitz zum Wohle der Beschäftigten. Dem Dank für die gewerkschaftliche Treue schließen sich auf diesem Weg auch der geschäftsführende Vorstand des GdP-Bezirks Bundespolizei sowie das Redaktionsteam des Bezirksjournals Bundespolizei ganz herzlich an. **KT**



Unser Bild zeigt die Geehrten im Kreis von KG-Vorstandskollegen (v. l. n. r.): Dieter Zarges, Knut Haas, Dirk Dasse, Uwe Renniecke, Karsten Thomas, Martin Klein, Dirk Rosin, Jörg Peter sowie Peter Feder. **Foto: GdP**

STANDPUNKT

GdP gegen Technikgläubigkeit – Ganzkörperscanner sind nur Teil eines Gesamtsystems.

Der Bezirk Bundespolizei der Gewerkschaft der Polizei (GdP) nimmt die Journalisten-Tests des Westdeutschen Rundfunks (WDR) zu Ganzkörperscannern auf der Technologie-Messe CEBIT kritisch zur Kenntnis. „Man darf in der Luftsicherheit keine Technikgläubigkeit entwickeln“, so der stellvertretende GdP-Vorsitzende in der Bundespolizei, Sven Hüber, hierzu. „Auch die Ganzkörperscanner haben Tücken und bleiben anfällig. Suchtechnik kann den eingesetzten Mitarbeitern in der Luftsicherheit immer nur helfen, sie aber nicht ersetzen. Der Faktor Mensch bleibt das A und O.“ – Aus Sicht der GdP dürfen die Luftsicherheitskontrollen „nicht zum Fließbandjob verkommen, bei dem die Technik diktiert und der Mensch den Kopf abschaltet“. Wenn Technik eingesetzt wird, dann muss sie auch funktionieren und darf keine Sicherheit vortäuschen. Mehr dazu auch auf unserer Homepage.

